

DIE KERRY-INITIATIVE: HOFFNUNG AUF EIN NAHOST-ABKOMMEN?

Zum ersten Mal seit drei Jahren verhandeln Israel und die Palästinenser wieder offiziell und direkt miteinander. Die Hürden sind enorm. Wesentlich durch US-Aussenminister John Kerry initiiert, können die Gespräche jedoch erfolgreich sein, wenn US-Präsident Barack Obama sich einbringt, die Erwartungen an ein Abkommen reduziert werden und der israelische Premier Benjamin Netanjahu seine historisch gute Verhandlungsposition entschlossen nutzt.



Der israelische Premier Benjamin Netanjahu (r.) trifft sich am 23. Mai 2013 mit US-Aussenminister John Kerry in Jerusalem.
Jim Young / Reuters

In diesem Jahr jährt sich zum 20. Mal das im Geheimen ausgehandelte und auf dem Rasen des Weissen Hauses besiegelte Prinzipienabkommen zwischen Israel und den Palästinensern. Und im Schatten regionaler Entwicklungen – dem Bürgerkrieg in Syrien, dem Atomkonflikt mit Iran – führen Palästinenser und Israelis seit Juli 2013 wieder Gespräche. Innert sechs bis neun Monaten soll das bisher vergeblich angestrebte Endstatusabkommen erreicht werden. Zahlreiche ähnliche Fristen sind bislang ergebnislos verstrichen, und im Nahen Osten behielten Pessimisten allzu oft Recht. Und doch gibt es Anlass für vorsichtigen Optimismus.

Beide Seiten, Palästinenser wie Israelis, kennen sich seit Jahren, und beide haben ein recht genaues Bild von der Positionen der Gegenseite. Richtig ist, dass es für die meisten Probleme praktische Lösungsmöglichkeiten gibt und dass die Grundzüge eines Endstatusabkommens bekannt sind. Richtig ist aber auch, dass die Differenzen im Detail noch enorm sind und an die Fundamente beider Gesellschaften rühren.

Dennoch ist die Verhandlungskonstellation der Nahost-Initiative von US-Aussenminister John Kerry die vielleicht günstigste seit dem Beginn der 1990er-Jahre – vor der folgenschweren Ermordung Yitzhak Ra-

bins 1995. Verhandlungen in Nahost hatten immer dann Erfolg, wenn erstens die regionale Situation günstig war, zweitens die USA entschlossen waren, sich einzubringen, und drittens die Partner vor Ort ein Abkommen auch durch- und umsetzen konnten. All diese Elemente sind 2013 wieder gegeben. Nötig ist nun entschlossene politische Führung von US-Präsident Barack Obama, Palästinenserpräsident Mahmud Abbas und, insbesondere, dem israelischen Premier Benjamin Netanjahu.

Die regionale Situation – Hindernis oder Chance?

Martin Indyk, seit 20 Jahren eng mit dem Friedensprozess verbunden und momentan Sondergesandter der USA für die Gespräche, bringt es in seinen Memoiren auf den Punkt: «Im Mittleren Osten ist alles miteinander verbunden.»

Die regionale Situation lässt sich mit Blick auf die Nahost-Verhandlungen auf zweierlei Art lesen: Auf der einen Seite bietet sie angesichts des Bürger- und Stellvertreterkrieges in Syrien sowie der politischen Krise in Ägypten eine denkbar ungünstige Konstellation für Entscheidungen von historischer Tragweite. Nach dieser Sichtweise würde insbesondere Israel angesichts einer signifikanten strategischen Unsicherheit eine Fortführung der kontrollierbaren und zuletzt auch relativ ruhigen Situation im Westjordanland dem Risiko eines Abkommens vorziehen.

Auf der anderen Seite reduziert die regionale Krise jedoch die realen Bedrohungen auf absehbare Zeit erheblich. Ein zerfal-

Fünf Herausforderungen eines Endstatusabkommens

Ein Endstatusabkommen muss nach klassischer Lesart fünf Problemfelder lösen: *erstens* die Frage der Grenzen des neuen palästinensischen Staates und Israels; *zweitens* den Status Jerusalems und der dortigen heiligen Stätten; *drittens* die Frage einer Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge von 1948; und *viertens* die Frage, welche Arrangements die Sicherheit Israels auch zukünftig garantieren würden. Hinzu kommt seit 2010 *fünftens* eine weitere israelische Forderung, die Netanjahu jüngst wieder bekräftigte: die Anerkennung Israels als rechtmäßiger jüdischer Staat in Palästina. Alle Problemfelder sind interdependent. Eine Aufteilung und Sequenzierung, wie oft beispielsweise für «Grenzen» und «Sicherheit» vorgeschlagen, bringt in der Praxis enorme Probleme mit sich.

Gerade viele Europäer operieren mit Blick auf ein Abkommen mit irreführenden Erwartungen: Es kann in den Verhandlungen momentan nicht um eine Zwei-Staaten-Lösung im Sinne eines umfassenden Friedensvertrags gehen. Dieser ist auf absehbare Zeit kaum erreichbar, zumal auch die Palästinenser gespalten sind. Ein Endstatusabkommen und der offizielle Verzicht auf weitere Forderungen würde die Basis für einen dauerhaften Frieden zwar legen; die Gewalt würde es vorerst jedoch nicht beenden können.

lendes Syrien stellt kurzfristig keine existenzielle Bedrohung dar; zumal, als mit der libanesischen Hisbollah der zuletzt militärisch bedeutendste Akteur in erheblichem Masse in Syrien gebunden ist. Hinzu kommt eine zumindest kurzfristige strategische Schwächung der radikal-islamischen Hamas in Gaza durch den harten Kurs des ägyptischen Militärs nach dem Sturz von Präsident Mohammed Mursi sowie die Schwächung des syrischen Patrons. Zudem haben die arabischen Staaten im April 2013 ihre Friedensinitiative von 2002 bekräftigt und erweitert; ein Erfolg Kerrys und ein Zeichen, dass die arabische Welt seine Initiative prinzipiell unterstützt. Diese für Israel kurzfristig günstige Entwicklung könnte einen Verhandlungserfolg begünstigen.

Eine Sonderrolle kommt dem Atomkonflikt mit Iran zu. Seit dem Beginn von Netanjahus zweiter Amtszeit im Jahr 2009 hat Iran für Israel höchste Priorität. Für die meisten militärischen Szenarien gegen das iranische Atomprogramm ist Israel jedoch auf eine aktive Beteiligung der USA angewiesen. Nachdem das Verhältnis zwischen ihm und Präsident Obama seit 2010 als gestört galt, gibt sich Netanjahu nun

bewusst konzilient. Der Nuklearkonflikt zwingt ihn, ein konstruktives Verhältnis zu den USA zu wahren.

Insgesamt steht die regionale Situation soweit einem Abkommen nicht grundsätzlich im Weg. Sollten die Gespräche jedoch nur taktische Manöver der Beteiligten sein, um Momentaufnahmen der Regionalpolitik gerecht zu werden, wären sie von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die grundlegende, langfristige Ratio der Gespräche mit den Palästinensern muss aus Sicht Israels dessen Zukunft als international anerkannter, mehrheitlich jüdischer und demokratischer Staat sein. Dies kann, das hat auch Netanjahu jüngst deutlich gemacht, nur gelingen, wenn Israelis und Palästinenser mehrheitlich in getrennten Staaten leben. Ist dies tatsächlich die Überzeugung der Akteure, dann können die derzeitigen Entwicklungen in der Region einen Verhandlungserfolg begünstigen.

Wo steht Barack Obama?

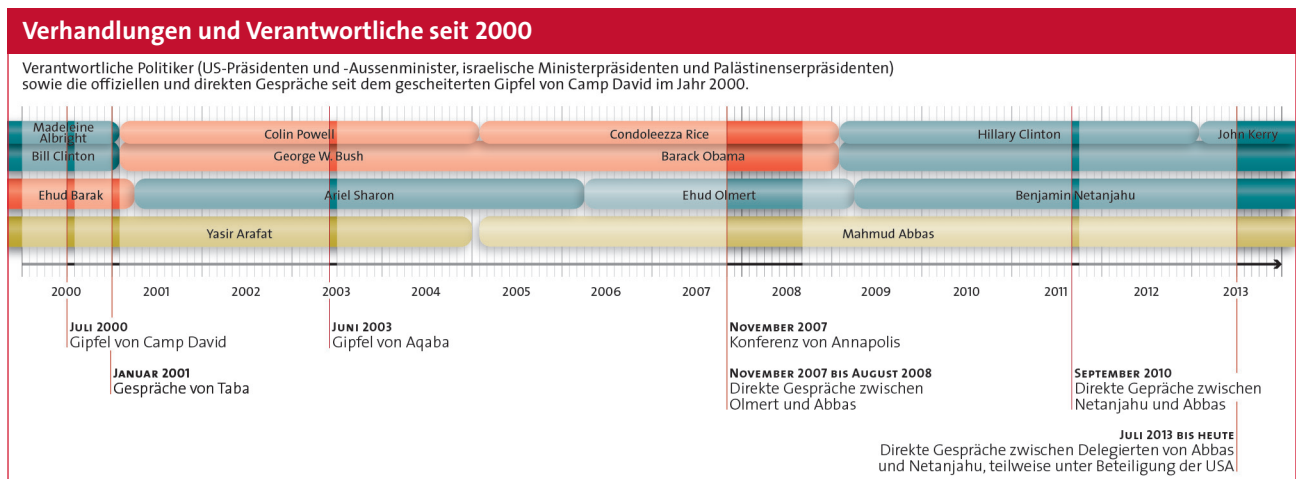
Zwar ging allen entscheidenden Abkommen der letzten 30 Jahre Geheimdiplomatie der regionalen Akteure voraus. Ab einem gewissen Punkt war die diplomati-

sche Unterstützung der USA jedoch vital und von jeweils beiden Seiten erwünscht: als Moderator, Vermittler und als Garant der Abkommen. Die Kerry-Initiative ist der erste ernsthafte, konzertierte und regional koordinierte Versuch einer amerikanischen Regierung seit der Clinton-Administration, ein Abkommen zur Beendigung des Konflikts zu erreichen.

Dazwischen liegen 13 Jahre radikal wechselnder US-Politik gegenüber dem Konflikt. Nach dem Scheitern des Gipfels von Camp David im Jahr 2000 weigerte sich die neue Regierung unter George W. Bush, angesichts der beginnenden zweiten Intifada mit Yasir Arafat zu verhandeln. Über sieben Jahre lag der diplomatische Prozess weitgehend brach. Versuche des US-Außenministeriums unter Colin Powell und der Europäer, dem Prozess mit der «Road Map for Peace» von 2003 wieder Leben einzuhauchen, scheiterten an den Parteien vor Ort, aber auch an mangelnder Unterstützung aus dem Weissen Haus.

Erst nach dem Tod Yasir Arafats 2004 sollte nach der Konferenz von Annapolis 2007, unter Druck der damaligen US-Außenministerin Condoleezza Rice, in bilateralen Verhandlungen ein Friedensabkommen erreicht werden – auch dieser Versuch genoss jedoch nicht die Unterstützung der gesamten US-Regierung, was seine Erfolgchancen von Beginn an erheblich reduzierte. Immerhin führte er 2007 zu intensiven Gesprächen zwischen der israelischen Regierung unter Premier Ehud Olmert und der Palästinensischen Autonomiebehörde unter Präsident Mahmud Abbas. Die direkten Gespräche endeten jedoch im August 2008 ergebnislos.

Auf George W. Bush folgte mit Barack Obama ein Präsident, der dem Friedensprozess



wieder Leben einhauchen wollte. Jedoch scheiterten im September 2010 die von ihm initiierten, bisher letzten direkten Gespräche beider Seiten an der Frage eines israelischen Siedlungsstopps und der Forderung Netanjahus, die Palästinenser mögen Israel als «jüdischen Staat» anerkennen. Im Zuge der Gespräche kam es auch zu Spannungen zwischen Netanjahu und Obama, die einem Durchbruch nicht zuträglich waren. Die folgenden drei Jahre brachten keine neuen Entwicklungen, nicht zuletzt auch, weil Aussenministerin Hillary Clinton ihren Fokus auf die strategische Orientierung der USA nach Asien legte.

Erst mit dem Amtsantritt von Aussenminister John Kerry im Februar 2013 gewann der diplomatische Prozess erneut an Dynamik. Kerry hat sich wie lange kein Aussenminister vor ihm den Friedensprozess im Nahen Osten zur persönlichen Aufgabe gemacht. Er konzentriert einen erheblichen Teil der diplomatischen Energie des US-Aussenministeriums auf die Verhandlungen. Durch zahlreiche Reisen in die Region gelang es ihm, Netanjahu und Abbas ohne Erfüllung der jeweiligen Vorbedingungen an den Verhandlungstisch zu bringen – Abbas hatte einen israelischen Siedlungsstopp sowie ein Bekenntnis zu den Grenzen von 1967 als Verhandlungsgrundlage gefordert; Netanjahu die Anerkennung Israels als jüdischen Staat zur Voraussetzung für Gespräche gemacht. Der Zeitpunkt der Initiative ist aus Sicht der USA bewusst gewählt: Der Beginn von Obamas zweiter Amtsperiode lässt ausreichend Zeit für Gespräche, ohne dass Obama und Kerry als «lahme Enten» («lame ducks») verhandeln müssten und sich die Parteien bereits auf deren Nachfolger einstellen.

Offen bleibt bisher, ob Präsident Obama die erheblichen Anstrengungen Kerrys vorbehaltlos unterstützt. In seiner Rede vor der UNO-Generalversammlung im September 2013 kündigte er zwar an, dass sich die USA in Nahost auf zwei Themen konzentrieren würden: Den Atomkonflikt mit dem Iran und die Verhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern. Mit Blick auf die tatsächlichen Gespräche scheint er sich jedoch bisher zurückzuhalten. Das kann aussen- und innenpolitische Gründe haben: Zum einen wurde nach der Amtszeit Präsident Clintons dessen persönliches Engagement für einen Frieden in Nahost und seine beeindruckende Detailversessenheit

Grosser innenpolitischer Handlungsspielraum Netanjahus

Benjamin Netanjahu dominiert die israelische Politik und steht weder in seiner eigenen Partei noch in der Opposition glaubwürdig starken Herausforderern gegenüber. Zudem hat die für ihn enttäuschende Wahl im Januar 2013 den paradoxen Effekt, seine Koalition zur Mitte hin zu öffnen und seine politische Flexibilität potenziell zu erhöhen. Netanjahu steht einer Mitte-rechts-Koalition vor, die bei einem Abkommen durch den sicheren Austritt der radikalen Habajit Hajejudi von Naftali Bennett enden würde. Selbst Netanjahus eigene Partei könnte am Widerstand zerbrechen. Ob die Israel Beitenu von Avigdor Lieberman ihn unterstützen würde, ist unklar.

Allerdings könnten die Parteien der restlichen Koalition ein Abkommen unter Umständen mittragen: Die Yesh Atid von Yair Lapid sowie die Hatnua von Tzipi Livni unterstützen die Verhandlungen, wenn auch im Falle Lapids nur unter Bedingungen. Zudem bietet die Knesset Netanjahu noch andere Koalitionsoptionen für eine «Endstatus-Regierung» mit komfortabler Mehrheit. Die Vorsitzende der sozialdemokratischen Meretz hat bereits angeboten, im Falle einer realistischen Aussicht auf ein Abkommen unter Bedingungen in die Regierung einzutreten. Andere Parteien wie HaAvoda und auch die ultra-orthodoxe Schas-Partei könnten ein Abkommen potenziell ebenfalls mittragen. Laut Meinungsumfragen bräuchte Netanjahu auch ein Referendum über ein Abkommen nicht unbedingt zu fürchten.

Zwar spielten Verhandlungen mit den Palästinensern bei den Wahlen im Januar 2013 keine Rolle; und die Debatte innerhalb der Parteien beginnt teilweise erst. Fest steht jedoch, dass Netanjahu in der notorisch volatilen politischen Landschaft Israels über politische Optionen verfügt, ein Abkommen auch gegen erheblichen Widerstand durchzusetzen.

von Beteiligten zwar gelobt; kritisiert wurde jedoch seine zum Ende praktisch uneingeschränkte Erreichbarkeit für die Belange der Akteure. Daher könnte Obama sich bis zu einem vielversprechenden Moment zurückhalten, um dann sein politisches Kapital voll zur Geltung zu bringen. Zum anderen ist dieses Vorgehen aber auch innenpolitisch taktisch geschickt: Sollten die Gespräche in den nächsten Monaten keinen Fortschritt vorweisen, würde Obama von einem Scheitern der Gespräche nicht zu stark tangiert werden.

Offen bleibt bisher, ob Obama die erheblichen Anstrengungen Kerrys vorbehaltlos unterstützt.

Israelis wie Palästinenser haben bisher ein feines Gespür für Differenzen zwischen dem US-Aussenministerium und dem Weissen Haus bewiesen. Ob sie den Eindruck haben, dass Präsident Obama hinter Kerry steht, wird sich zeigen, wenn beide Parteien konkrete Zugeständnisse machen und ihre Verhandlungsposition aufdecken müssen – oder wenn die USA, zum ersten Mal seit Bill Clinton im Jahr 2000, einen eigenen Kompromissvorschlag lancieren würden.

Abbas und Netanjahu – Partner für ein Abkommen?

Präsident Abbas ist in einer schwierigen Lage. Innerhalb des Westjordanlands ist seine demokratische Legitimität schwach; im Gazastreifen hat er keine Macht. Mit viel Hoffnung auf Arafat gefolgt, gilt der Präsident bei Skeptikern zwar als zum Frieden bereit, aber zögerlich und schwach in der Umsetzung möglicher Abkommen. Nach der anfänglichen Euphorie über die Anerkennung als Beobachterstaat in der UNO-Generalversammlung vom

November 2012 überwiegt angesichts fehlender konkreter Ergebnisse nun die Enttäuschung. Abbas will ein Abkommen – und er will es bald. Wie er selber sagt, nimmt selbst in seinem engsten Umfeld die Unterstützung für ein Zwei-Staaten-Abkommen ab. Zudem ist er auf einen diplomatischen Erfolg angewiesen, um seine fehlende demokratische Legitimität auszugleichen und gegenüber der Hamas an Einfluss zu gewinnen.

Was er dabei akzeptieren könnte, lässt sich wohl mit «mehr als 2000 und 2008» zusammenfassen. Im Jahr 2000 war der damalige israelische Premier Ehud Barak in Camp David zu weitreichenden Konzessionen bereit. Berichten zufolge unterbreitete Olmert 2008 zudem Abbas mündlich ein weitergehendes Angebot, das unter anderem einen palästinensischen Staat auf einem grossen Teil des Westjordanlands, einen substantiellen Gebietstausch, eine symbolische Rückkehr von Flüchtlingen nach Israel sowie eine israelisch-palästinensische Verwaltung Jerusalems bei internationaler Aufsicht über die heiligen Stätten umfasste.

Über die Gründe, warum beide Angebote erfolglos blieben, ist man sich uneinig. Ein zentraler Aspekt wird in beiden Fällen gewesen sein, dass Barak und Olmert in einer schwachen Verhandlungsposition waren. Kurz bevor Barak 2000 in die USA reiste, hatte er ein Misstrauensvotum der Knesset nur mit hauchdünner Mehrheit überstanden. Ehud Olmert verhandelte 2008 mit Abbas – zeitgleich ermittelte die Staatsanwaltschaft wegen Korruptionsverdacht gegen ihn. Beide Politiker

Die Schweiz und die Kerry-Initiative

Der Friedensprozess ist für die Schweiz von grossem Interesse. Zum einen war die Schweiz in den letzten Jahrzehnten häufig Vermittlerin und Schauplatz von Gesprächen zwischen Konfliktparteien aus Nahost auf neutralem Boden. Zum anderen unterhält Bern gute Kontakte zu vielen Akteuren in der Region. Die 2003 vorgestellte, seit einigen Jahren erneuerte und erweiterte «Genfer Initiative» zur Ausarbeitung eines Zwei-Staaten-Abkommens gilt zudem als ein Referenzdokument für mögliche Lösungen in Detailfragen.

Mit Blick auf die laufenden Verhandlungen sind die Einflussmöglichkeiten der Schweiz allerdings begrenzt. Entscheidend sind Israel, die Palästinensische Autonomiebehörde und die USA; in Teilen sind ferner die arabischen Staaten von Bedeutung. Dennoch kann Bern auch weiterhin die Gespräche auf zwei Ebenen unterstützen: Erstens kann die Schweiz helfen, als Vermittlerin auch Stimmen in den Prozess einzubringen – sei es aus dem Gazastreifen, sei es aus dem Iran –, die ansonsten nicht ausreichend hörbar oder konstruktiv sind. Zweitens kann die Schweiz helfen, das politische und wirtschaftliche Risiko Netanjahus und vor allem Abbas' zu mindern. Insbesondere die palästinensische Autonomiebehörde wäre nach einem eventuellen Abkommen auf entschlossene, schnelle und nachhaltige Unterstützung angewiesen, auch und gerade im innerpalästinensischen Konflikt. So kann die Schweiz helfen, einen günstigen Rahmen für ein Abkommen zu schaffen. Der Schlüssel liegt jedoch in der Region und in Washington.

versuchten, mit einem diplomatischen Durchbruch das eigene Amt zu retten. Damit war unklar, ob sie ein abgeschlossenes Abkommen überhaupt innenpolitisch hätten durchsetzen können.

Auch heute würde sich nach einem Abkommen für Abbas die Frage der Umsetzung in den eigenen Reihen, und gegenüber der Hamas in Gaza, stellen. Hier würde er alle Unterstützung benötigen, welche die arabischen Staaten und der Westen – gerade auch Europa – zu geben bereit sind. Abbas ist innenpolitisch schwach – ob auf ihn ein besserer Partner für ein Abkommen folgen würde, ist jedoch mehr als fraglich.

Der Erfolg oder Misserfolg der Kerry-Initiative hängt somit massgeblich von der Bereitschaft Netanjahus ab, schwierige und historische Entscheidungen zu treffen. Dazu ist er in einer seit Rabin nicht mehr gekannten Position: Erstens steht er nicht im Verdacht, Israels Sicherheit zugunsten eines internationalen Abkommens zu riskieren. Zweitens ist er in den USA hervorragend vernetzt, insbesondere innerhalb des US-Kongresses, wo er gute Beziehungen zu beiden Parteien unterhält. Aber vor allem verfügt er drittens, anders als Barak und Olmert, über den innenpolitischen Handlungsspielraum, der es ihm ermöglicht, ein Abkommen abzuschliessen und auch umzusetzen (siehe Box auf Seite 3).

Die zentrale Frage lautet damit: Will Netanjahu diesen bemerkenswerten Spielraum nutzen und ein Abkommen erreichen? Seine öffentlichen Botschaften sind ambivalent. Einerseits betont er seit seinem Amtsantritt 2009, dass die Bedrohung durch Iran seine grösste aussenpolitische Priorität sei. Ausser den gescheiterten Ge-

sprächen vom September 2010 zeigte Israel keinerlei Willen, Verhandlungen energisch anzugehen. Andererseits hat sich Netanjahu schon 2009 – wenn auch zurückhaltend – für einen palästinensischen Staat ausgesprochen. Und in den Monaten vor den Kerry-Verhandlungen warnte er mehrfach vor dem Szenario eines bi-nationalen israelisch-palästinensischen Staats im Rahmen einer «Ein-Staaten-Lösung».

Optimistische Beobachter glauben, dass Netanjahu zu einem Abkommen entschlossen ist: Sei es, um ein nachhaltiges politisches Erbe zu schaffen, sei es zur Eröffnung neuer persönlicher Machtoptionen in der politischen Mitte oder sei es zur Abwendung ökonomisch-politischen Drucks auf Israel. Dieser Druck, wie er sich zum Beispiel in den EU-Förderrichtlinien mit Blick auf die besetzten Gebiete aus-

drückt, ist nicht zu unterschätzen. Von Bedeutung ist hier allerdings nur am Rande der direkte ökonomische Schaden. Allein wegen wirtschaftlichem Druck wird kein israelischer Premier Entscheidungen fällen, welche die Sicherheit Israels beeinträchtigen könnten. Wichtiger ist die zunehmende Befürchtung in der israelischen Politik und Wirtschaft, dass mit zunehmender Dauer der Besatzung weltweit zivile Kampagnen analog zur Reaktion auf das süd-afrikanische Regime bis zum Ende der Apartheid an Einfluss gewinnen. Der Pragmatiker Netanjahu wird diese reale Gefahr durchaus sehen.

Am Ende wissen selbst enge Beobachter nicht, ob Netanjahu zu einem historischen Schritt bereit ist. Er hat gewiss genügend Gründe zu taktieren – sowohl aussenpolitische als auch koalitionspolitische. Zudem wird er keine Illusionen haben, dass der politische Preis eines Abkommens hoch sein würde. Und doch war lange niemand mehr in einer besseren Position, diesen Preis zu zahlen, als Benjamin Netanjahu.

- Verantwortlicher Editor:
Christian Nünlist
analysen@sipo.gess.ethz.ch
- Fachexperte für diese Analyse:
Martin Zapfe
zapfe@sipo.gess.ethz.ch
- Bezug und Mailingliste:
www.css.ethz.ch/cssanalysen
- ISSN: 2296-0236

Zuletzt erschienen

- Nr. 143: Vor dem EU-Gipfel zur Verteidigungspolitik
- Nr. 142: Das Konzept der Resilienz: Gegenwart und Zukunft
- Nr. 141: «Kidnapping for Ransom» zur Terrorismusfinanzierung
- Nr. 140: Chinas nukleare Aufrüstung: Hintergründe und Folgen
- Nr. 139: Frankreichs neue Strategie: Das Weissbuch 2013
- Nr. 138: Schweden ringt um seine Verteidigungspolitik
- Nr. 137: Im Sinkflug? US-Drohnen im Kampf gegen den Terrorismus
- Nr. 136: Russland in Europa: Strategische Herausforderungen
- Nr. 135: Tunesien: Hürden des Übergangsprozesses
- Nr. 134: Die NSS 2014: Auf dem Weg zu einer Obama-Doktrin?
- Nr. 133: Europarat: Zeit für Reformen
- Nr. 132: Lashkar-e-Taiba: Lokale Organisation, globale Ambitionen
- Nr. 131: Berg-Karabach: Hindernisse für eine Verhandlungslösung
- Nr. 130: Der ICC: Hohe Erwartungen, zwiespältige Bilanz
- Nr. 129: Whole of Government: Zwischen Integration und Abgrenzung
- Nr. 128: Strategien gegen jihadistische Radikalisierung in Europa
- Nr. 127: Die Gruppe der nuklearen Lieferländer am Scheideweg
- Nr. 126: Pooling and Sharing, Smart Defence und die Schweiz
- Nr. 125: Nepal: Stockender Friedensprozess und Schweizer Engagement